

Pressemitteilung

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Wismarsche Straße 152
19053 Schwerin
Tel.: 0385 521339-0
Fax : 0385 521339-20
E-Mail: corinna.cwielag@bund.net
Internet: www.bund-mv.de
V.i.S.d.P.: Corinna Cwielag

Schwerin / Laage, 11.04.2017 / 11-17

BUND klagt gegen Doppel-Hähnchenfabrik bei Wardow am Recknitztal

Mast für 600.000 Broiler pro Jahr geplant / Öffentlichkeitsbeteiligung und vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung durch Teilung umgangen

Weil für die geplante Hähnchenmastanlage Wardow mit 79.800 Tierplätzen pro Mastdurchgang sowohl die vollständige Umweltverträglichkeitsprüfung als auch die Öffentlichkeitsbeteiligung umgangen wurden, hat der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) gegen die Genehmigung Klage vor dem Verwaltungsgericht Schwerin eingelegt.

In der Anlage am Recknitztal sollen in bis zu 8 Durchgängen pro Jahr mehr als eine halbe Million Hähnchen gemästet werden. Der Investor hatte den Genehmigungsantrag der Massentierhaltungsanlage in zwei identische Anträge für zwei Anlagen zu je 39.900 Tierplätzen aufgeteilt und damit unter anderem die Beteiligung der Öffentlichkeit umgangen. Die Genehmigung erging durch das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt Rostock. Die beiden völlig gleichen Stallanlagen sollen auf einem gemeinsamen Flurstück zwischen den Dörfern Wardow und Kobrow bei Laage erreicht werden.

Der Standort liegt in unmittelbarer Nachbarschaft des EU-Schutzgebietes „Recknitz- und Trebeltal mit Zuflüssen“. Die Wirkungen des Industriebetriebes würden durch Lärm, Verkehr, Geruch, keimhaltigen Feinstaub und Ammoniak Anwohner, Besucher und die umliegenden Biotope, Alleen, Fahrradstrecken und das Schutzgebiet des Recknitztals betreffen. Bereits zu Planungsbeginn im Jahr 2011 hatte der Investor angekündigt, die Anlage schrittweise auf acht Stallanlagen mit je 40.000 Mastplätzen erweitern zu wollen. Im Frühjahr 2017 hatte der Investor geäußert, die Genehmigung möglicherweise zu verkaufen. Gegen das Vorhaben protestieren seit 6 Jahren Anwohner und eine Gruppe des BUND.

„Der BUND hat die Umweltwirkungen und die Gesellschafterstruktur für die künstliche Teilung des Genehmigungsantrages untersucht und durch Experten prüfen lassen. Die Ergebnisse wurden der Genehmigungsbehörde zur Verfügung gestellt und die Behörde wurde mehrfach auf die Widersprüche hingewiesen. In der Genehmigung sind unsere Hinweise jedoch nicht berücksichtigt worden.“ sagt Corinna Cwielag vom BUND-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Der BUND hat nun um Klärung durch das Verwaltungsgericht Schwerin gebeten.

Für Rückfragen: Corinna Cwielag, BUND-Landesverband Mecklenburg-Vorpommern, T. 0385V 521339-12 oder 0178 5654700

Hintergrund

Die Region um Wardow gehört zum „Mecklenburger Parkland“. Für die kaum verbaute Landschaft wird mit dem Erhalt einer unversehrten Natur, Alleen und Urlaub in Schlössern und Gutshäusern geworben. (Siehe Mecklenburger Parkland: <http://plmv.de/>). Die Landschaft hat bisher einen hohen Erholungswert. Eine Vielzahl alter Alleen, die Gutsdörfer miteinander verbinden, laden zum Radfahren ein. Überall gibt es in der Region Menschen, die Ferienwohnungen oder Häuser vermieten. Ein Reittourismus entwickelt sich. Der Tourismus entwickelt sich langsam aber stetig. Die schöne Natur und die Nähe zur Ostsee führen dazu, dass die Menschen auch das Ostseeküstenhinterland für sich entdecken.

Der an- und abfahrende Verkehr der geplanten Hähnchenmastanlage hätte verheerende Folgen für die alte Lindenallee in Wardow. Die Allee ist bereits jetzt stark von landwirtschaftlichem Verkehr betroffen. Zunehmende Transporte von Küken, Kadavern, Masttieren, Futter und Mist würden dazu führen, dass die über 100 Jahre alten Linden endgültig Schaden nehmen würde. Da die geplante Anlage in der Nähe eines kleinen Quellbaches und eines kleinen Waldstückes mit viel offener Fläche liegt, sind hier auch häufig Schrei- und Seeadler anzutreffen. Ein Seeadlerpaar hat seinen Horst in wenigen Kilometern Entfernung. Auch die Schreiadlerpaare haben ihre Horste in der Nähe.

In Mecklenburg-Vorpommern findet weiterhin ein starker Ausbau industrieller Geflügelanlagen statt. Mehr als 25 Antragsverfahren und neue Anlagen für bis zu 400.000 Masthähnchen, 35.000 Legehennen oder 86.000 Masthähnchenelterntiere sind beim BUND aktuell bekannt. Zu den Anträgen mit Öffentlichkeitsbeteiligung kommen die Anträge auf industrielle Tierhaltungsanlagen mit Tierplatzzahlen unter 40.000 Masthähnchen und unter 40.000 Legehennen, die nicht der Pflicht einer Öffentlichkeitsbeteiligung unterliegen. Sowohl Bürger als auch Umweltverbände erfahren davon oftmals erst bei Baubeginn oder bei Genehmigung und nach Internetrecherche. Für raumordnerische Belange, Gemeinde- und Regionalentwicklung wird der Bestand dieser kleineren, aber in den meisten Fällen auch die besonders großen Tierhaltungsanlagen, nicht gewertet. In einigen Fällen haben Investoren bereits öffentlich angekündigt, dass die "kleinere" Tierhaltungsanlage nur ein erster Schritt sei und in Scheiben Erweiterungen folgen werden. Zu den in Planung befindlichen Anlagen gibt es einen in den letzten Jahren genehmigten Bestand 140 neuerer Geflügelanlagen mit Geflügelbeständen von 54.000 (Hähnchen Groß Plasten, LK MÜR) bis zu 800.000 Tieren (Legehennen Neubukow, LK DBR). Insgesamt gibt es nach Angaben des Landwirtschaftsministeriums 382 Mastgeflügelstallanlagen mit einer Kapazität von 6,5 Mio. Tierplätzen pro Durchgang. Die Legehennenanlagen sind dabei nicht berücksichtigt.

Der BUND und die Bürgerinitiativen haben in verschiedenen immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren nachgewiesen, dass Berechnungen z.B. für Immissionen von Geruch und Stickstoff fehlerhaft und im Ergebnis falsch waren. Die Entscheidungsfreiheit von Gemeinden und Regionalentwicklung wird durch das Ersetzen des versagten gemeindlichen Einvernehmens durch die Genehmigungsbehörden stark behindert. Gesundheitsbelastungen des Umfeldes der Tierhaltungsanlagen durch Keim-, Feinstaub-, Bakterien, Endotoxine in Bioaerosolen und durch Ausbreitung von MRSA (multiresistente Bakterienstämme) werden in keinem Immissionsschutzverfahren untersucht. Die geplanten Anlagen bringen weder Arbeitsplätze noch dauerhafte Wertschöpfung für die Gemeinden. Die Tierhalter selber geben zu, dass Hähnchenmast "ein Centgeschäft" ist (Investor Streeb, geplante Hähnchenmastanlage Wattmannshagen bei Lalendorf).

Aktive BUND-Gruppen wehren sich zur Zeit in Fienstorf bei Rostock, Wattmannshagen bei Teterow und Kuppentin bei Plau am See mit Rechtsmitteln gegen Bau und Betrieb weiterer industrieller Geflügel-Mastanlagen. Weitere BUND-Gruppen setzen sich mit Planungen für industrielle Schweinehaltungsanlagen auseinander. In allen Fällen sind Umweltwirkungen unzureichend geprüft worden.

Stand 11.04.2017